

# Neue BI bereitet jetzt die Klage vor

**STREIT Initiative „Transparenz beim AZV Pfattertal“ will den Zweckverband zur Gebührensenkung zwingen.**

VON JOSEF STEIMMER, MZ

**THALMASSING/MINTRACHING.** Der Abwasserzweckverband (AZV) im Pfattertal zeigt nach der Einschätzung vieler Bürger nicht genug Eigeninitiative, um die Missstände aufzuklären oder zu beseitigen. Deshalb haben sich einige der Betroffenen am 12. Januar zur Bürgerinitiative (BI) „Transparenz beim AZV Pfattertal“ zusammengeschlossen. Am Sonntag hatte die BI zu einer Informationsveranstaltung in der Mehrzweckhalle eingeladen.

Mehr als 700 Interessierte fanden sich in der Halle ein. Der 1. und 2. Vorsitzende der BI, Dietrich Scheible und Hermann Kremerskothen, informierten in einer Computerpräsentation über den aktuellen Stand der bisherigen Aktivitäten und deren Ergebnisse. Auch der stetig wachsende Widerstand gegen die stark erhöhten Abwassergebühren wurde angesprochen.

Anhand eines Beispiels erläuterte der 2. Vorsitzende die enorme Gebührentwicklung des AZV und die indirekte Belastung durch die beteiligten Gemeinden für den AZV. Die Zahlen, die der Öffentlichkeit von den Verantwortlichen des AZV bisher genannt worden seien, hätten ständig im siebenstelligen Bereich nach oben korrigiert werden müssen.

Im Juni 2009 fand man sich zur Bildung einer Interessengemeinschaft (IG) zusammen. Bald darauf gab es Flugblattaktionen und Infoveranstaltungen der IG, in denen die Widersprüche gegen die Abwasserbescheide an die Betroffenen verteilt wurden. Davon seitens des AZV keinerlei Entgegen-

kommen, Veränderungen oder Verbesserungen der Situation zu erkennen gewesen seien, habe man sich zur Vorbereitung einer Klage durch einen Fachanwalt entschlossen.

Die Kosten für Einzelkläger ohne finanzielle Rückendeckung seien zu hoch. Die BI wolle durch die Klage erreichen, die Organisationsstruktur des AZV zu vereinfachen und damit die Verwaltungs- und Personalkosten zu verringern. Diese Kosteneinsparung soll dann an die Bürger in Form von Gebührensenkungen weitergegeben werden. Die BI erhebt zur Finanzierung von Aktionen und Deckung der Gerichts- und Anwaltskosten 15 Euro pro Jahr von ihren Mitgliedern.

Die größten Kosten des AZV verursacht nach Einschätzung der BI die Entsorgung des Klärschlammes. Dieses Projekt der Trocknung und Verölung des Klärschlammes werde auf dem Rücken der Gebührenzahler betrieben, erklärte Kremerskothen. Es stelle sich zudem die Frage, warum eine angeblich so fortschrittswisende Klär-

schlammensorgung nicht gewinnbringend von einem Privatunternehmen durchgeführt wird. Die Antwort ist laut BI einfach: Die entstehenden Kosten seien wesentlich höher, als der jemals zu erwartende Nutzen.

Bei der sparsamen Bewirtschaftung in der Art anderer Kläranlagen könnten die Gebühren trotz der hohen Schulden des AZV deutlich unter drei Euro je Kubikmeter Abwasser gesenkt werden.

Die BI arbeitet mit dem Fachanwalt Jürgen Linhart von der Regensburger Sozietät BLTS zusammen, wertet derzeit das gesammelte Material aus und bereitet eine Klage vor. Die Klage wird sich an den Zielen der BI und den erkannten Schwachstellen des AZV orientieren.

Der abschließende Aufruf zum Beitritt zur Bürgerinitiative blieb nicht unerwidert. Bereits während der Veranstaltung gingen laufend Anmeldungen ein.

→ [www.bi-transparenz-azv.de](http://www.bi-transparenz-azv.de)

## DIE ZIELE DER BÜRGERINITIATIVE

- ▶ **Veröffentlichung** der gesamten, durch den Kommunalen Prüfungsverband und das Landratsamt Regensburg festgestellten Prüfergebnisse.
- ▶ **Betriebswirtschaftliche** Trennung der Klärschlamm-trocknung und -verwertung (KSE AG), Offenlegung der tatsächlichen Kosten dieser Aktivitäten in der Globalrechnung.
- ▶ **Weiterbelastung** der tatsächlichen Kosten für die Schlammensorgung an alle Schlammanlieferer.
- ▶ **Alternativ:** Stilllegung oder Verkauf der Klärschlamm-trocknung und -verwertung (KSE AG) zur Vermeidung zusätzlicher Kostenbelastung der Bürger.
- ▶ **Sanierungsprogramm** für alle Aktivitäten des AZV und aller seiner Tochterunternehmen, um ein Kostenniveau ver-

gleichbarer Anlagen zu erreichen.

- ▶ **Rückführung** der Abwasseranlage und des Kanalnetzes unter die direkte Verantwortlichkeit des AZV.
- ▶ **Beseitigung** und Verbot von Verflechtungen privater Tätigkeit mit Tätigkeit für den AZV für alle Beschäftigten des AZV und seiner Tochterunternehmen.
- ▶ **Rechtliche Aufarbeitung** von Ursachen und Verantwortlichkeiten der finanziellen Mehrbelastung der Bürger und Mitgliedsgemeinden.
- ▶ **Generelle Überwachung** von Investitionsvorhaben bei Baumaßnahmen und Anlagentechnik durch Aufsichts- und Kontrollbehörden oder Treuhänder.
- ▶ **Mitwirkung** der Aufsichtsbehörden und politischer Parteien bei der Verwirklichung der Ziele dieser Initiative. (ljo)